



Postulat 49

Eingang Stadtkanzlei: 14. Februar 2017

Für eine bessere und ausgewogenere Unternehmenssteuerreform

Nach dem deutlichen Nein zur Unternehmenssteuerreform III wurde verschiedentlich angekündigt, dass die Städte und Gemeinden bei der Ausarbeitung einer neuen Vorlage stärker einbezogen werden sollen. Auch in der Stadt Luzern wurde die Vorlage mit über 63 Prozent Nein-Stimmen deutlich verworfen. Es ist dies ein deutliches Signal dafür, dass die Bevölkerung nicht bereit ist, für weitere Steuererleichterungen einiger internationaler Konzerne und ihrer Grossaktionäre mit höheren Steuern oder Leistungsabbau zu bezahlen.

Von der Unternehmenssteuerreform III wären gerade Städte und Gemeinden in besonderem Masse betroffen gewesen. Denn im Gegensatz zu den Kantonen wären sie vom Bund für ihre Ausfälle nicht entschädigt worden.

Es besteht jetzt die Möglichkeit, eine breit abgestützte Reform aufzugleisen. Das Resultat muss ein international akzeptiertes Steuersystem sein, ohne dass damit die Bevölkerung geschädigt und der Steuerwettbewerb weiter angeheizt wird. Dies bedeutet insbesondere den Verzicht auf verschiedene Privilegien wie die zinsbereinigte Gewinnsteuer sowie eine angemessene Gegenfinanzierung durch Unternehmen und Aktionäre.

Der Stadtrat wird darum gebeten, sich bei Städteverband, Kanton und Bund dezidiert für eine ausgewogenere und breit abgestützte Vorlage einzusetzen.

Simon Roth, Judith Dörflinger Muff, Gianluca Pardini und Yannick Gauch
namens der SP/JUSO-Fraktion